

Freitag, 19. Januar 2024 Wirts. Reg.

Anlage 3 zur Niederschrift

Schleswig-Holstein will 2024 1900 Sozialwohnungen fördern

Landesregierung plant, Darlehensprogramm der Investitionsbank aufzustocken

Kiel. Die schleswig-holsteinische Landesregierung will in diesem Jahr rund 1900 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau fördern. 2023 seien es fast 2000 Wohnungen gewesen, teilte das für Wohnungsbau zuständige Innenministerium mit.

Die Förderung aus Bundes- und Landesmitteln habe etwa 414 Millionen Euro betragen. Damit habe Schleswig-Holstein bundesweit Maßstäbe gesetzt, so Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Für das laufende Jahr wolle die Landesregierung dem Parlament vorschlagen, dass die Investitionsbank ihr Darlehensprogramm Wohnungsbau in 2024 um 100 Millionen Euro aufstockt.

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) nannte bezahlbares Wohnen die soziale Frage unserer Zeit. Bei der angespannten Wohnungslage in vielen Städten und den großen Herausforderungen beim Wohnungsbau sei es daher ein wichtiger und richtiger Schritt, als Land den Bau von Sozialwohnungen weiter zu fördern. „Gemeinsam schaffen wir so dauerhaft angemessene und günstige Mietwohnungen und wirken der steigenden Wohnungsnot entgegen.“ Sütterlin-Waack verwies auf die anstehende Neufassung der Landesbauordnung, die das Bauen leichter und günstiger machen solle.

Der Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen, Andreas Breitner, nannte die Ankündigung richtig und angemessen. „Wir wissen, dass aufgrund der steigenden Baukosten und der Zinsentwicklung auf dem Bau frei finanziert nicht mehr viel geht. So ist es der geförderte Wohnungsbau, der die Baukonjunktur über Wasser hält.“ Wenn die Fördertöpfe leer seien, sei es richtig, sie wieder zu füllen. „Investoren und Bauherren suchen Verlässlichkeit und Vertrauen. Da liefert die Landesregierung und sendet wohnungspolitisch das richtige Signal“, so Breitner.

Trotz der Anstrengungen bleibt bezahlbarer Wohnraum in Schleswig-Holstein knapp. Laut einer Studie des Pestel-Instituts, die erst am Dienstag vorgelegt worden war, fehlten im Jahr 2022 etwa 17 000 Sozialwohnungen im nördlichsten Bundesland. Wie berichtet lag das Defizit bundes-

weit bei etwa 910 000 Sozialwohnungen. Das Bündnis „Soziales Wohnen“, das aus der Baugewerkschaft sowie Sozial- und Branchenverbänden besteht, hatte Bund und Ländern vorgeworfen, die Förderung von Sozialwohnungen massiv vernachlässigt zu haben. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) hatte wiederum die Ergebnisse der Studie als „unseriös“ bezeichnet